



Antrag

Total-Maut-Vorschlag schadet mehr als er nützt

Der Vorschlag aus dem Bundesverkehrsministerium einer Infrastrukturabgabe auf allen Stadt-, Kreis-, Landes- und Bundesstraßen sowie Bundesautobahnen hat eine breite Diskussion ausgelöst.

Für die zusammenwachsenden Lebens- und Wirtschaftsräume, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen bisher kennen, wäre diese Form der Total-Maut aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion geradezu fatal. Sie hätte die Wirkung eines Eintrittsgeldes. In unseren Nachbarländern Luxemburg, Belgien und den Niederlanden hat sie zu einem Sturm der Entrüstung geführt. Auch in Nordrhein-Westfalen reißt die Kritik von Seiten der Bevölkerung, der Wirtschaft, des Einzelhandels, des Tourismus und der Kommunen nicht ab.

Richtig ist: Die CDU-Fraktion steht zu den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD im Bund. Von einer Total-Maut, wie sie derzeit geplant ist, ist darin jedoch nichts zu finden. Richtig ist auch: Die CDU-Fraktion steht auch für die Interessen NRWs ein. Daher lehnen wir ein Mautsystem ab, das mehr schadet als dass es nützt. Der Antrag: <http://kurzlink.de/GGantragMaut>.

Innenminister plündert Stadtkassen:

Kommunal-Soli 2015: Frechen, Hürth und Elsdorf müssen zahlen!

Die örtliche Kreis-SPD hatte meine Warnung nicht wahrhaben wollen. Jetzt steht es definitiv fest: Nach den Plänen von SPD-Innenminister Ralf Jäger sollen 886.966 Euro von Frechen, 333.134 Euro von Hürth und 121.244 Euro von Elsdorf in den sogenannten Kommunal-Soli fließen.

Nach neuesten Berechnungen, die Innenminister Ralf Jäger am 01.09.2014 vorstellte, sind im Rhein-Erft-Kreis die Städte Frechen, Hürth und Elsdorf drei von 78 Städten und Gemeinden in NRW, die im nächsten Jahr insgesamt 91 Millionen Euro an Solidaritätsumlage zahlen müssen. Empfänger des Kommunal-Solis sind 27 Kommunen, vor allem große Städte wie Essen, Gelsenkirchen und Mönchengladbach.

Ich lehne die Plünderung des Haushalts von den Städten im Rhein-Erft-Kreis für den Kommunal-Soli 2015 entschieden ab. Der Kommunal-Soli ist nicht nur willkürlich, er ist vor allem wirkungslos. Die kommunale Handlungsfähigkeit lässt sich nicht durch eine Solidarumlage bei den vermeintlich reicheren Kommunen verbessern. Die derzeitige Finanzlage von Frechen, Hürth und Elsdorf lässt es schlicht nicht zu, für die Finanzierung anderer Kommunen aufzukommen. Es werden kommunale Einnahmen entzogen, die den Städten nach dem Gesetz zustehen.

Asylbewerber

Die Kommunen dürfen nicht alleine gelassen werden

Angesichts der weiter steigenden Flüchtlingszahlen muss auch das Land seine Verantwortung für humanitäre Aufgabe der Flüchtlingsaufnahme stärker wahrnehmen.

Rund 7,7 Millionen Euro gaben die Kommunen 2013 für Leistungen an Asylbewerber aus. Schon jetzt stoßen die Ressourcen der Kommunen an ihre Grenzen. Die CDU-Landtagsfraktion hat nun den Antrag gestellt, dass das Land sich an den unkalkulierbaren Krankheitskosten stärker beteiligt. Gleichzeitig wollen wir, dass Kommunen so finanziell unterstützt werden, wie es der IST-Situation entspricht.

Unser Antrag: <http://kurzlink.de/GGantragAsylKosten>.